

**Johannes-Maria Lex**

**Von:** INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]

**Gesendet:** Donnerstag, 30. September 2010 19:56

**An:** gerald.john@derstandard.at; elisabeth.schaffelhofer@kinderhabenrechte.at; Cornelia Wustmann; presse@gruene.at; nicole.pesendorfer@jugendvertretung.at; hansjoerg.szepannek@diakonie-kaernten.at; eveline-doll@aon.at; Redaktion KRONENZEITUNG Oberösterreich; epd@evang.at; Elisabeth.Sperlich@wko.at; info@familie.at

**Betreff:** Sammelmeldung 01.10.2010

**Plattform EduCare**

elementare und außerschulische Bildung

**Informationsdienst**

<http://www.Plattform-EduCare.org>

[informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

<http://www.facebook.com/pages/Wien-Austria/Elementarpadagogik/177989085992?ref=sgm>

**SAMMELMELDUNG**

**Bildungspläne, Wissenschaftliche Arbeiten,  
facheinschlägige Veröffentlichungen und Dokumente**  
→ <http://www.plattform-educare.org/arbeiten.htm>

**EINREICHUNGEN ERBETEN UNTER**  
[Informationspool@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationspool@Plattform-EduCare.org)

**Und wie geht's weiter mit den *ElementarpädagogInnen*?!**

[Empfehlungen der ExpertInnen-Gruppe zur PädagogInnen-Ausbildung Neu](#)

**Bildungsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl laden alle Interessensgruppen, Stakeholder sowie alle interessierten Beteiligten ein, sich aktiv an die Diskussion über dieses Jahrhundertprojekt einzubringen.**

**STATEMENT DER ARBEITSGRUPPE ELEMENTAR- UND PRIMARPÄDAGOGIK IN DER STEIERMARK**

**Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.**

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES**

# INFORMATIONSDIENSTES VOM 30.09.2010 19:56:18

## MEINUNG

"DER STANDARD"-Kommentar: "Apokalypse abgeblasen" von Gerald John

## TOP-THEMA

ElementarpädagogInnenen: Ausbildung soll besser sein

Ausbildung beginnt mit 14 Jahren  
Grossmann: Entscheidung zu früh  
"Ausbildung auf Hochschulniveau"  
Geringe Verdienstmöglichkeiten

## STANDPUNKT

Netzwerk Kinderrechte: Niemals zu Gewalt aufrufen! -Laut Studien erfahren Jugendliche in Österreich mehr Gewalt als junge Menschen in anderen europäischen Staaten.

## AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN

PH-Online

ACHTUNG! ÄNDERUNGEN ZUR RINGVORLESUNG DER GRAZER UNI: "KINDER UND KINDHEIT – SOZIALWISSENSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN (Prof.<sup>in</sup>Wustmann u.a.)

## BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

Bundesländerübergreifender BildungsRahmenPlan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich - Endfassung, August 2009  
Bildungsplan-Anteil zur sprachlichen Förderung in elementaren Bildungseinrichtungen Aktualisierte Version, Juni 2009  
Modul für das letzte Jahr in elementaren Bildungseinrichtungen  
Leitfaden für die häusliche Betreuung sowie die Betreuung durch Tageseltern  
Bildungspläne für Elementarpädagogische Einrichtungen in Österreich

## BILDUNGSPOLITIK

Walser, Musiol, Chorherr: Chancengerechtigkeit u. faire Schule für alle Kinder!

## BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer  
Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote  
Jugendschutzgesetz: Wirrwarr durch Ländergrenzen  
JUGENDVERTRETUNG: Tirol muss Jugendschutzblockade aufgeben!  
→ Siehe auch: Leitl zu 90 Jahre Bundesverfassung: Staats- und Verwaltungsreform ist jetzt nötig! Jedes noch so gut gebaute Haus benötigt nach 90 Jahren eine umfassende Sanierung - Neue Kompetenzverteilung muss EU-Mitgliedschaft berücksichtigen.

## BURGENLAND

Meldungen:  
Burgenlands Kindergärtenbetreuung wird eingeschränkt - Plattform ...

## KÄRNTEN

Meldungen:  
Diakonie Kärnten übergibt das montessoripädagogische Zentrum de La Tour Klagenfurt an die Kinder

## NIEDERÖSTERREICH

Meldungen: keine

## OBERÖSTERREICH

Meldungen:  
Rückschritt in OÖ. Kindergärten empört Eltern  
Betreuungszeiten werden vielerorts noch unflexibler

## SALZBURG

Meldungen: keine

## STEIERMARK

### Meldungen:

Grazer Frauenbeauftragte: "Transparenz erhöhen"

## TIROL

Meldungen: keine

## VORARLBERG

### Meldungen:

Jugendwohlfahrt will mehr Kinderbetreuung

## WIEN

### Meldungen:

Jetzt erst Knecht: Gilt als zurückgezogen Weil Wahlkampf ist, wird der Gratis-Kindergarten gern als Beweis für des Bürgermeisters Liebe zu seinen Bürgerinnen und Bürgern angeführt.

## **FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG**

Early childhood education: A global scenario

## **GENDER**

**→ Siehe auch: Das neue, interfakultäre Masterstudium „Gender, Culture and Social Change“ der Uni Innsbruck startet im Wintersemester 2010/2011. Es beschäftigt sich mit Geschlecht als sozialem Platzanweiser in einer sich verändernden Weltordnung.**

## **PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN**

### Übersicht

### Inskription

**Das neue, interfakultäre Masterstudium „Gender, Culture and Social Change“ der Uni Innsbruck startet im Wintersemester 2010/2011. Es beschäftigt sich mit Geschlecht als sozialem Platzanweiser in einer sich verändernden Weltordnung.**

Zukunftsweisendes Studium

## **PÄDAGOGEN/INNEN**

**Evangelischer Oberkirchenrat A. und H.B. tritt für die Zugehörigkeit der Lehrer zum Bund ein - Konfessionelle Schulen sind ein Beispiel für länderübergreifende Tätigkeiten**

## **VERFASSUNGS- & VERWALTUNGSREFORM**

**Leitl zu 90 Jahre Bundesverfassung: Staats- und Verwaltungsreform ist jetzt nötig! Jedes noch so gut gebaute Haus benötigt nach 90 Jahren eine umfassende Sanierung - Neue Kompetenzverteilung muss EU-Mitgliedschaft berücksichtigen.**

## **VERANSTALTUNGEN UND EVENTS**

**KFÖ-Enquete: Macht Familie arm? ...und/oder reich?**

**Her mit den Kröten. Her mit der Sozialmilliarde. Her mit der Bildungsmilliarde.**

## **SONSTIGES**

**Seit 1. September 2010: Verpflichtendes Kindergartenjahr**

**Neues Service auf HELP-GV: Ferienkalender**

**Regierungsvorlagen und Initiativanträge#**

**Bundesgesetzblatt**

## **IMPRESSUM UND HINWEISE**

-

---

## MEINUNG

---

### **"DER STANDARD"-Kommentar: "Apokalypse abgeblasen" von Gerald John**

Utl.: Düsteren Prognosen zum Trotz ist das staatliche Pensionssystem zu retten (Ausgabe ET 30.09.2010) =

Wien (OTS) - Scharfmacher gegen Schönredner, Rentenräuber gegen Gerontokraten: Der Streit um die (Un-)Sicherheit der staatlichen Pensionen gerät zum Glaubenskrieg. Verteidiger des Systems werden rasch als unverbesserliche Träumer abgestempelt, Skeptiker als fünfte Kolonne der Wallstreet, die sich die Sparbücher der Senioren krallen möchte.

Die heimische Pensionskommission stiftet da nur noch mehr Konfusion. Ihr neuer Bericht prophezeit eine wahre Kostenexplosion, ist aber unter den Experten selbst umstritten. Tatsächlich sind die Annahmen pessimistisch. Noch unter dem Eindruck der Krise haben die Autoren bis 2060 ein Wirtschaftswachstum von lediglich 1,67 Prozent jährlich veranschlagt - aktuellere Prognosen fallen zumindest einmal fürs nächste Jahr hoffnungsvoller aus. Für Normalsterbliche ist es unmöglich, sich ein Urteil zu bilden. Wer kann schon verlässlich die nächsten 50 Jahre voraussagen?

Kaffeesudleserei hilft nicht weiter. Lieber sollten sich Politik und Gesellschaft eine andere Lehre zu Herzen nehmen, die sich ebenfalls aus dem Report ergibt: Der Niedergang des Pensionssystems ist nicht unabwendbar. Es kann viel dagegen getan werden.

Zuallererst müssen die Menschen länger arbeiten. Generation für Generation werden die Österreicher älter, gehen aber nicht später in Pension, weshalb die Zeit im Ruhestand zunimmt. Der schrumpfende Teil der Erwerbsbevölkerung kann die wachsende Last nicht ewig schultern. Die Expertenkommission kommt auch deshalb zu alarmierenden Zahlen, weil sie nur mit einem geringen Anstieg des Pensionsalters rechnet. Doch das ist kein Naturgesetz. In vielen Ländern halten Arbeitnehmer länger im Job durch. Lediglich in Österreich gilt das Unvermeidliche als unzumutbar.

Um dies zu ändern, bedarf es keiner Revolution im System. Es müssen nur bisherige Reformen und das gesetzliche Pensionsalter von 65 (Männer) und 60 (Frauen) endlich ernst genommen werden. Weg also mit zur Regel gewordenen Ausnahmen wie der "Hacklerpension".

Arbeitsfähige Senioren sollen sich die Frührente künftig mit Abschlügen erkaufen, dafür aber von besserer Gesundheitsvorsorge und Absicherung im Job profitieren. Altersdiskriminierung ist hierzulande weit verbreitet, die Erwerbsbeteiligung Älterer sehr niedrig. 40 Prozent der Arbeiter, die dann in Invaliditätspension landen, werden abgeschoben, sobald sie ihre Krankheit bekanntgeben. Firmen, die ältere Bedienstete gezielt entsorgen, sollten einen Teil der Folgekosten für die Allgemeinheit aufgeladen bekommen.

Ebenfalls steigen muss die Zahl der berufstätigen Frauen - **bessere Kinderbetreuung ist auch eine Lebensversicherung fürs Pensionssystem.** Weiters braucht Österreich Zuwanderung. Wer die Grenzen dichtmachen will, soll gefälligst dazusagen, dass die Leute dann bis 70 hackeln müssen.

Rechnet man noch die milliardenschweren Einsparungen ein, die sich langfristig aus bereits auf Schiene gebrachten Reformen der Beamtenpensionen ergeben, dann lassen sich die steigenden Kosten in einem leistbaren Rahmen halten. Die Alternative wäre, auf die Propaganda der privaten Versicherer reinzufallen und die komplette Altersvorsorge den Launen des Kapitalmarkts auszuliefern. Um festzustellen, dass dies auf ein notdürftig abgesichertes Glücksspiel hinausliefere, braucht man keine mühsam berechneten Prognosen. Dazu reichen die Erfahrungen aus diversen Finanzkrisen.

Rückfragehinweis:

Der Standard, Tel.: (01) 531 70/445

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/449/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

---

## TOP-THEMA

---

---

### ***ElementarpädagogInnenen: Ausbildung soll besser sein***

Durch Gratiskindergarten und verpflichtendes Kindergartenjahr für Fünfjährige sind Kinderpädagogen sehr gefragt. Jedoch übt jeder dritte Pädagoge den Beruf nicht aus, eine Änderung der Ausbildung wird gefordert.

#### **Ausbildung beginnt mit 14 Jahren**

Wer Kindergartenpädagoge werden will, der muss derzeit eine fünfjährige höhere Schule mit Matura besuchen. Viele junge Menschen, die diese Schulen abschließen, entscheiden sich dann letztendlich aber dazu, doch einen anderen Job auszuüben, und so geht jeder dritte Absolvent für den Kindergarten verloren.

#### **Grossmann: Entscheidung zu früh**

Die zuständige Landesrätin Elisabeth Grossmann (SPÖ) hält vor allem die frühe Entscheidung für diese Ausbildung - im Schnitt fällt sie mit 14 Jahren - für einen Mitgrund der hohen Drop Out-Quote, denn viele junge Menschen wüssten in diesem Alter einfach noch nicht, welchen Beruf sie später einmal ausüben wollen.

#### **"Ausbildung auf Hochschulniveau"**

Außerdem gehöre auch die Ausbildung raschest reformiert, so Grossmann: "Nach meiner Auffassung wäre es besser, hier das System so umzustellen, dass wir berufsbildende Schulen für pädagogische und soziale Berufe anbieten und darauf aufbauend die Ausbildung zum Kinderpädagogen auf Hochschulniveau heben. Dann würde man sich auch leichter tun, ein etwas angehobenes Gehalt zu verhandeln."

#### **Geringe Verdienstmöglichkeiten**

Derzeit erhält ein Kinderpädagoge rund 1.300 Euro im Monat - ein Gehalt, das viele zum Berufswechsel treibt, sagt die Direktorin der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik Bruck, Renate Rath: "Viele glauben, als Kindergartenpädagoge spielt man eh nur, aber dass schon bei den Kleinsten Ausbildung läuft, wird oft nicht gesehen und auch nicht honoriert - die Verdienstmöglichkeiten sind ja nicht so hoch".

Die geringen Verdienstmöglichkeiten sind, so Rath, auch der Grund, warum nur wenige Burschen diesen Ausbildungsweg einschlagen.

<http://steiermark.orf.at/stories/473081/>

---

## STANDPUNKT

---

### ***Netzwerk Kinderrechte: Niemals zu Gewalt aufrufen! -Laut Studien erfahren Jugendliche in Österreich mehr Gewalt als junge Menschen in anderen europäischen Staaten.***

Wien (OTS) - "Zu Gewalt darf in keiner Weise aufgerufen werden. Nicht in der Form eines Computerspiels und aktuell nicht in Form der Verführung zu einer nur scheinbar humorvollen, verharmlosenden Gewaltausübung unter Kindern und Jugendlichen. Der Wahlkampf-Comic der FPÖ Wien steht in krassem Widerspruch zu dem in der UN-Kinderrechtskonvention festgelegten Prinzip, das Kind vor jeder Form körperlicher oder geistiger Gewaltanwendung zu schützen." kritisiert Dr. Klaus Vavrik für die über 30 Mitgliedsorganisationen des Netzwerks Kinderrechte Österreich den "saloppen Umgang mit Gewalt in unserer Gesellschaft".

Kinder und Jugendliche erfahren in Österreich bereits mehr Gewalt als junge Menschen in anderen europäischen Staaten. Es sei deshalb "absolut entbehrlich und beschämend, sie mit solchen Gewaltaufforderungen im Wahlkampf zu instrumentalisieren und zu manipulieren." Vavrik weiter: "Wir dürfen nicht müde werden, darauf zu pochen, dass Kinderrechte für alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen gelten. So steht es in der Kinderrechtskonvention. Niemand darf auf Grund der Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache oder Religion schlechter behandelt werden."

Rückfragehinweis:

Netzwerk Kinderrechte Österreich [www.kinderhabenrechte.at](http://www.kinderhabenrechte.at)

Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez - Mobil: 0676/88011-1016

Mail: [elisabeth.schaffelhofer@kinderhabenrechte.at](mailto:elisabeth.schaffelhofer@kinderhabenrechte.at)

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - [WWW.OTS.AT](http://WWW.OTS.AT) \*\*\*

---

## **AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN**

---

**ACHTUNG! ÄNDERUNGEN ZUR RINGVORLESUNG DER GRAZER UNI: "KINDER UND KINDHEIT –SOZIALWISSENSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN (Prof.<sup>in</sup> Wustmann u.a.)**

Aufgrund der erfreulich zahlreichen Anmeldungen und Interessensbekundungen für die Ringvorlesung, ist eine Verlegung in den Hörsaal 06.01 (Vorklinik, Universitätsstraße 6/E) notwendig.  
Die Vorlesung findet nun von 17.15 - 18.45 Uhr statt.

→ Details zur Ringvorlesung siehe unter [http://www.uni-graz.at/ringvorlesung\\_ankuendigung.pdf](http://www.uni-graz.at/ringvorlesung_ankuendigung.pdf)

---

## BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

Bundesländerübergreifender  
BildungsRahmenPlan  
für elementare  
Bildungseinrichtungen  
in Österreich -  
Endfassung, August  
2009

Bildungsplan-Anteil  
zur sprachlichen  
Förderung in  
elementaren  
Bildungseinrichtungen  
Aktualisierte Version,  
Juni 2009

Modul für das letzte  
Jahr in  
elementarenBildungseinrichtungen

Leitfaden für die  
häusliche Betreuung  
sowie die Betreuung  
durch Tageseltern

Bildungspläne für  
Elementarpädagogische  
Einrichtungen in  
Österreich

---

## BILDUNGSPOLITIK

---

**Walser, Musiol, Chorgherr: Chancengerechtigkeit u. faire Schule für alle Kinder!**

Utl.: Grüner Auftakt zu Bildungskampagne vor GÖD-Zentrale =

Wien (OTS) - "Wir kämpfen mit Hochdruck für Chancengleichheit und eine gerechte Schule, die von der Beamtengewerkschaft und den Rückständigen in der ÖVP wie Fritz Neugebauer seit Jahren verhindert werden", so Harald Walser, Bildungssprecher der Grünen. "Wir geben's

euch schriftlich - Gerechte Schule!", so das Motto einer Kampagne der Grünen, die heute Vormittag vor der Zentrale der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) gestartet wurde. Mit Hochdruckreinigern werden an 80 hochfrequentierten Orten in Wien sog. Inverse Graffiti mit den Botschaften "Gerechte Schule" und "Lernfreude" angebracht. Damit werden symbolisch Schmutz und Verkrustungen im Bildungssystem aufgebrochen.

Hintergrund dieser Grünen Forderung ist die soziale Undurchlässigkeit des österreichischen Bildungssystems: 89% aller Kinder von Eltern, deren höchster Bildungsabschluss die Pflichtschule ist, gehen in die Haupt- oder Sonderschule, nur 11% schaffen es in die AHS. Rund 8.000 Jugendliche verlassen jedes Jahr unser Bildungssystem mit maximal Pflichtschulabschluss. Ihnen steht eine Karriere als ungelernete Arbeitskraft bevor. "Damit sind wir Bildungsschlusslicht in Europa", so Walser.

**Als erste Gegenmaßnahme fordert Familiensprecherin Daniela Musiol Investitionen in den elementarpädagogischen Bereich und einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr.**

"Nochmals schriftlich für Herrn Neugebauer: Jedes Kind hat ein Grundrecht auf gleiche Bildungschancen - unabhängig davon wie viel die Eltern verdienen!", so Musiol.

Rückfragehinweis:

Die Grünen

Tel.: +43-1 40110-6697

[presse@gruene.at](mailto:presse@gruene.at)

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - [WWW.OTS.AT](http://WWW.OTS.AT) \*\*\*

---

---

## **BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM**

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS  
Informationsangebote

---

---

### **Jugendschutzgesetz: Wirrwarr durch Ländergrenzen**

**Der Jugendschutz soll bundesweit vereinheitlicht werden. Warum Ländergrenzen über Ausgehzeiten und Alkoholkonsum entscheiden, ist für die Mehrheit der Jugendlichen nicht nachvollziehbar.**

Wien (j.n.). Vor Sommerbeginn hätte der Durchbruch gelingen sollen. Doch auch jetzt scheint eine Einigung in Sachen Vereinheitlichung des Jugendschutzgesetzes noch in weiter Ferne zu sein. Neun Bundesländer, neun unterschiedliche Jugendschutzgesetze. Dass dieses Gesetzeswirrwarr auf Unverständnis der Jugendlichen stößt, darüber berichtete die „Presse“ bereits vor einigen Wochen.

Warum Ländergrenzen über Ausgehzeiten und Alkoholkonsum entscheiden, ist für die Mehrheit der Jugendlichen nicht nachvollziehbar. Die Bundesjugendvertretung startete deshalb eine Bundesländertour bei der sie auf die „überfällige Vereinheitlichung“ aufmerksam machen will. Der heutige Stopp in Innsbruck ist von besonderer Bedeutung: Neben Vorarlberg weigert sich auch Tirol, die Kompetenzen in diesem Bereich an den Bund abzugeben. Heftig umstritten ist die Regelung zum Alkoholkonsum. In Wien, Niederösterreich und dem Burgenland wurden die Gesetze bereits harmonisiert. Alkohol

jeglicher Art darf hier ab dem vollendeten 16. Lebensjahr getrunken werden. Die strengeren Regeln in Tirol müssen auch aufrecht bleiben, so Landesrätin Patrizia Zoller-Frischauf. Die Gespräche mit Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner laufen auf unbestimmte Zeit weiter.

("Die Presse", Print-Ausgabe, 30.09.2010)

[http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/598313/index.do?  
\\_vl\\_backlink=/home/politik/index.do](http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/598313/index.do?_vl_backlink=/home/politik/index.do)

---

## **JUGENDVERTRETUNG: Tirol muss Jugendschutzblockade aufgeben!**

Utl.: Bei ihrer heutigen Jugendschutzaktion in Innsbruck fordert die BJV die Tiroler Landespolitik auf, sich für eine Vereinheitlichung der Jugendschutzgesetze einzusetzen. =

Innsbruck (OTS) - Bereits seit Jahren kämpft die Bundesjugendvertretung (BJV) für ein einheitliches Jugendschutzgesetz in Österreich, derzeit im Rahmen einer Bundesländer-Tour unter dem Motto "Jugendschutz Vereinheitlichen JETZT!". Heute machte die Aktion in Innsbruck Halt, um darauf aufmerksam zu machen, dass die Änderung der jetzigen Situation mehr als überfällig ist: "Für junge Menschen ist es einfach unverständlich, warum sie im Westen Österreichs anders behandelt werden als im Osten. Jugendliche müssen sowohl in Telfs und Lustenau die gleichen Rechte haben wie in Scheibbs oder Simmering. Alles andere ist einfach nicht zeitgemäß", kritisiert BJV-Vorsitzender Wolfgang Moitzi.

Die BJV weist darauf hin, dass gerade die westlichen Bundesländer **Vorarlberg** und **Tirol** bisherige Bestrebungen einer Jugendschutz-Vereinheitlichung blockiert haben: "Wir fordern daher insbesondere Landeshauptmann Platter und Landesrätin Zoller-Frischauf auf, im Sinne der Kinder und Jugendlichen hier endlich Schritte in Richtung einer Vereinheitlichung der Jugendschutzgesetze vorzunehmen", betont Moitzi und fordert konkrete Taten von den LandespolitikerInnen:

"Wir erwarten, dass spätestens bei der nächsten Landeshauptleutekonferenz von allen Bundesländern ein ernsthaftes Bekenntnis zur Jugendschutz-Vereinheitlichung abgegeben wird. Die Vorschläge der BJV für ein einheitliches Gesetz liegen auf dem Tisch. Jetzt braucht es nur noch den politischen Willen, diese umzusetzen."

Rückfragehinweis:

Bundesjugendvertretung  
Mag.a Nicole Pesendorfer  
Öffentlichkeitsarbeit  
Tel.: 0676/ 880 111 048  
mailto: [nicole.pesendorfer@jugendvertretung.at](mailto:nicole.pesendorfer@jugendvertretung.at)

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - [WWW.OTS.AT](http://WWW.OTS.AT) \*\*\*

---

**➔ Siehe auch: Leitl zu 90 Jahre Bundesverfassung: Staats- und Verwaltungsreform ist jetzt nötig! Jedes noch so gut gebaute Haus benötigt nach 90 Jahren eine umfassende Sanierung - Neue Kompetenzverteilung muss EU-Mitgliedschaft berücksichtigen.**

---

## BURGENLAND



Burgenland: [www.burgenland.at](http://www.burgenland.at)

---

### Meldungen:

#### **Burgenlands Kindergärtenbetreuung wird eingeschränkt - Plattform ...**

Plattform EduCare, Österreich, Postadresse: Krausegasse 7a/10 1110 Wien ÖSTERREICH  
Telefon: +43 (664) 73592265. Faxnummer: +43 (1) 7485469 ...  
[www.plattform-educare.org/presse%2028.09.2010%20-%20Z...](http://www.plattform-educare.org/presse%2028.09.2010%20-%20Z...)

---

## KÄRNTEN



Kärnten: [www.ktn.gv.at](http://www.ktn.gv.at)

---

### Meldungen:

#### **Diakonie Kärnten übergibt das montessoripädagogische Zentrum de La Tour Klagenfurt an die Kinder**

Klagenfurt (OTS) - Am 1. Oktober übergibt die Diakonie Kärnten das neu montessoripädagogische Zentrum de La Tour Klagenfurt an die Kinder. Im Park des ehemaligen Klosters Harbach in Klagenfurt entstand aus dem alten Waschhaus ein Kinderhaus mit Kleinkindergruppe und Kindergarten für 60 Kinder. Gleich daneben wurde eine Montessorischule errichtet. Sie ist altersübergreifend strukturiert und bietet bis zu 80 Kindern die Möglichkeit, ihre Volksschulzeit anders zu erleben. In diesem Schuljahr besuchen 16 Kinder aller vier Schulstufen die neue Schule.

"In die beiden Gebäude mit gesamt über 1000 m<sup>2</sup> Fläche haben wir 1,5 Mio. Euro investiert", so der Rektor der Diakonie Kärnten, Pfarrer Mag. Hubert Stotter. "Unser Ziel ist es, Kindern ideale Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung zu bieten und Lernen mit allen Sinnen zu ermöglichen. Dazu gehört die entsprechende Infrastruktur und bestens ausgebildete Montessoripädagoginnen und -pädagogen, die die Kinder respektvoll auf ihrem Weg begleiten und ihnen Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten eröffnen."

Der Beginn der von den Kindern mitgestalteten Eröffnung ist um 11:00 Uhr, dann wird das Zentrum offiziell an die Kinder übergeben. Ab 15:00 Uhr findet dann die große pädagogische Fachtagung "Entdeckerlust und Lernfrust" statt, zu der sich über 100 Pädagoginnen und Pädagogen angemeldet haben.

Diakonie Kärnten ist größter Anbieter im Bereich der Montessoripädagogik in Kärnten

Auch in Treffen am Ossiacher See betreibt die Diakonie Kärnten ein großes montessoripädagogisches Zentrum. In Kindergruppe, Kindergarten, Montessorischule (1 - 8 Schulstufe) und Hort werden 200 Kinder auf Basis der Montessoripädagogik begleitet. "Unser nächstes großes Ziel ist es, in Villach ein Gymnasium mit modularer Oberstufe

auf Basis der Montessoripädagogik zu errichten. Die Planungen laufen, ich hoffe, dass wir im nächsten Schuljahr starten können" beschreibt Rektor Stotter den nächsten wichtigen Schritt zum Ausbau des reformpädagogischen Angebots in Kärnten.

Rückfragehinweis:

Hansjörg Szepannek  
Diakonie Kärnten  
Harbacher Str. 70, 9020 Klagenfurt  
[hansjoerg.szepannek@diakonie-kaernten.at](mailto:hansjoerg.szepannek@diakonie-kaernten.at)  
[www.diakonie-kaernten.at](http://www.diakonie-kaernten.at)  
Telefon: (+43)463 32303-309  
Mobil: (+43)664/8504067

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/7443/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

## **NIEDERÖSTERREICH**



Niederösterreich: [www.noel.gv.at](http://www.noel.gv.at)

---

**Meldungen: keine**

---

## **OBERÖSTERREICH**



Oberösterreich: [www.ooe.gv.at](http://www.ooe.gv.at)

---

**Meldungen:**

### **Rückschritt in OÖ. Kindergärten empört Eltern**

„Flexibler und bedarfsgerechter“ sollte die Kinderbetreuung in Oberösterreich mit der kürzlich beschlossenen Gesetzesnovelle werden. Auch die „Zusammenarbeit mit den Eltern“ ist explizit im Gesetz angesprochen – der Start des neuen Kindergartenjahres zeigt jedoch eine völlig gegenteilige Entwicklung: in manchen Kindergärten wird einfach über die Bedürfnisse der Eltern und Kinder „drübergefahren“, die Anfangs- und Abholzeiten werden regelrecht verordnet, andere wiederum verrechnen unrechtmäßige „Veranstaltungs-, Unkosten- oder Werkbeiträge“. Die Kinder-Lobby mahnt die Kindergartenabteilung des Landes und die Kindergartenerhalter, ihre Divergenzen nicht auf dem Rücken der Kinder auszutragen.

Zum Beispiel ein Kindergarten in Braunau: der kleine Julian (Name geändert) bräuchte einmal pro Woche Nachmittagsbetreuung, weil seine Mama als Lehrerin dienstags länger arbeitet. Geht nicht, sagt man im Kindergarten: Julian muß die ganze Woche nachmittags bleiben, sonst müssen seine Eltern das Geld zurückzahlen. Da die Mutter den Job behalten will, hat sie keine andere Wahl als den Kleinen auch an jenen Nachmittagen in den Kindergarten zu geben, die sie eigentlich mit ihm verbringen will.

Auch die früher geltenden gleitenden Bringzeiten von 7.30 bis 9 Uhr gibt es nicht mehr.

Jetzt müssen alle Kinder um halb acht Uhr da sein, damit bei etwaigen Kontrollen durch das Land auch alle angemeldeten Kinder anwesend sind und keine Fördergelder zurückgezahlt werden müssen. „Die Eltern bringen die Kleinen oft völlig unausgeschlafen und lästig, obwohl sie so bald noch gar keinen Betreuungsbedarf hätten“, erzählt eine Betreuerin.

Beim Elternabend zum Start des Kindergartenjahres wird den Eltern erklärt, dass Anwesenheitspflicht zu den angemeldeten Zeiten gilt, andernfalls drohen Geldstrafen oder Gefängnis.

### **KindergartenpädagogInnen frustriert**

Überhaupt müssen sich die KindergärtnerInnen viel von verärgerten Eltern anhören in letzter Zeit, weil sie das tagtäglich leben müssen, was vom Erhalter verordnet wird. Ein Punkt, der die Motivation der ohnehin schlecht bezahlten und engagiert arbeitenden PädagogInnen nicht wirklich steigern dürfte.

Die Kindergartenerhalter erklären die Änderungen mit der Novelle des Kindergartengesetzes. Die Kindergartenabteilung des Landes verweist darauf, dass es keine derartigen Vorgaben im Gesetz gibt und dass diese negativen Entwicklungen im Entscheidungsbereich der Erhalter, sprich meist der Gemeinden liegen. Und da geht's schlicht und ergreifend um bestgenutzte Fördergelder bei knappsten Personalkosten.

### **Ein Hickhack – wieder einmal – auf Kosten der Kleinen.**

Eine Mutter arbeitet im Schichtbetrieb – das heißt, sie bräuchte alternierend eine Woche Nachmittagsbetreuung und eine Woche nicht. Nach den neuen Richtlinien MUSS sie ihre Kinder grundsätzlich für die Nachmittagsbetreuung anmelden und sie MÜSSEN auch anwesend sein – andernfalls drohen Geldstrafen oder sogar Gefängnis.

Eine Mutter braucht zur Zeit Nachmittagsbetreuung, erwartet jedoch in einigen Monaten ein Baby. Sobald sie in Karenz ist, möchte sie auch ihre Tochter mehr bei sich zuhause haben. Eine flexible, den individuellen Bedürfnissen entsprechende Betreuung ist jedoch nicht möglich.

„Schulanfänger“, also Kinder ab 5 Jahren, haben mit dem neuen Kindergartengesetz eine Anwesenheitspflicht von 20 Wochenstunden, verteilt auf fünf Tage. Ein Kindergartenbus bringt die Kinder gegen 8.15 in den Kindergarten und holt sie um 11.45 wieder ab – müssen die Eltern die Schulanfänger jetzt selber fahren, um keine Geldstrafe zu riskieren?

**Die Kinder-Lobby bittet um weitere Beispiele – um sie an die Medien bzw. an die Kindergartenabteilung des Landes OÖ weiterzuleiten und damit Verbesserungen für die Kinder und Eltern zu bewirken. – Und auch um die vielen verunsicherten Eltern zu stärken, unannehmbare Veränderungen zu hinterfragen.**

### **Kontakt:**

Mag. Eveline Doll  
Waldstraße 32  
4710 Grieskirchen  
AUSTRIA  
Email: [eveline-doll@aon.at](mailto:eveline-doll@aon.at)

---

### **Betreuungszeiten werden vielerorts noch unflexibler**

Oberösterreichs heftig umstrittene Kinderbetreuungs-Novelle – die mit Herbst durch einen Allparteien-Vorstoß in Kraft getreten ist – sorgt erneut für Wirbel. Nach den Pädagogen schlagen nun auch Eltern Alarm. Stein des Anstoßes sind die unflexibleren Öffnungszeiten.

"Die Politik wird wieder einmal am Rücken der Kinder ausgetragen", kritisiert Eveline Doll

vom Verein Kinder- Lobby das neue Gesetz. Immerhin habe die Politik ja angekündigt, dass die Kinderbetreuung mit der kürzlich beschlossenen Novelle flexibler und auch bedarfsgerechter werde. "Davon spüren wir allerdings nichts - viele Eltern fühlen sich einfach überfahren, die Anfangs- und Abholzeiten werden in vielen Kindergärten seit der Novelle teilweise regelrecht verordnet."

Stein des Anstoßes ist unter anderem der Kindergarten in Braunau, wo der Erhalter laut Doll auf das exakte Einhalten der Aufenthaltszeit im Kindergarten bestehe. Nicht einmal mehr eine tageweise Nachmittagsbetreuung sei dort möglich. "Das kann doch nicht sein, die Eltern müssen sich im vorhinein für die Dauer der Betreuung entscheiden, flexible Lösungen gibt es nicht mehr", ärgert sich Doll. Wobei die Kinder- Lobbyistin glaubt, "dass der Hund zwischen den Gemeinden und dem Land begraben ist".

### **Bei weniger als zehn Kindern müssen Kommunen zahlen**

Noch- Kindergarten- Landesrat Josef Stockinger glaubt, dass der Elternwiderstand angesichts der neuen Kinderbetreuungs- Novelle zu voreilig sei. "Das neue Gesetz beinhaltet Spielregeln - und auch, wie viel wir den Kindergartenerhaltern und Gemeinden bezahlen", erklärt Stockinger. Er gibt aber zu, dass das Land nicht mehr wie früher für alle Betreuungsstunden in den Kindergärten aufkomme. "Alles unter zehn Kindern müssen die Gemeinden mittlerweile selbst finanzieren." Wobei es auch Kommunen gäbe, die mit dem neuen Kinderbetreuungsgesetz jetzt schlechter fahren würden. "Das sind aber diejenigen, die vorher schon nichts in ihre Kindergärten investiert haben."

[http://www.krone.at/Oberoesterreich/Betreuungszeiten\\_werden\\_vielorts\\_noch\\_unflexibler\\_Kindergarten-Novelle-Story-222979](http://www.krone.at/Oberoesterreich/Betreuungszeiten_werden_vielorts_noch_unflexibler_Kindergarten-Novelle-Story-222979)

---

## **SALZBURG**



Salzburg: [www.salzburg.gv.at](http://www.salzburg.gv.at)

---

**Meldungen: keine**

---

## **STEIERMARK**



Steiermark: [www.steiermark.at](http://www.steiermark.at)

---

**Meldungen:**

### **Grazer Frauenbeauftragte: "Transparenz erhöhen"**

Kleine Zeitung

Außerdem leisten Frauen noch immer die Hauptlast bei Kindererziehung und Altenbetreuung und sind selten in der Führungsetage zu finden. ...

---

## **TIROL**



Tirol: [www.tirol.gv.at](http://www.tirol.gv.at)

---

**Meldungen: keine**

---

---

## VORARLBERG



Vorarlberg: [www.vorarlberg.at](http://www.vorarlberg.at)

---

---

### Meldungen:

#### Jugendwohlfahrt will mehr Kinderbetreuung

Experten der Jugendwohlfahrt fordern den Ausbau von Tagesbetreuung für Kinder aller Altersstufen, um Stabilität in betroffenen Familien zu schaffen. So fehlen in den Bezirken Bregenz und Dornbirn an die 160 Betreuungsplätze für Kinder.

<http://vorarlberg.orf.at/stories/473282/>

---

---

## WIEN



Wien: [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at)

---

---

### Meldungen:

#### Jetzt erst Knecht: Gilt als zurückgezogen Weil Wahlkampf ist, wird der Gratis-Kindergarten gern als Beweis für des Bürgermeisters Liebe zu seinen Bürgerinnen und Bürgern angeführt.

Dass der Gratis-Kindergarten im Prinzip eine tolle, richtige Sache ist, in der Praxis aber viele Haken hat, wurde an dieser Stelle schon wiederholt berichtet. Leserin Heike W. hat eine neue Geschichte beizutragen.

Sie und ihr Mann haben zwei Söhne. Beide Eltern sind berufstätig. Der jüngere Bub wird derzeit von einer Tagesmutter betreut, der größere besucht seit zwei Jahren einen städtischen Kindergarten. Für Ersteren nun bewarb sich Frau W. Anfang des Jahres um einen Krippenplatz. Im Mai hatte sie immer noch keine Rückmeldung. Frau W. rief bei der Kindergarten-Hotline an und ließ es bei der Auskunft bewenden, es lägen für ihren Bezirk so viele Anmeldungen vor, dass es einfach eine Zeit lang dauere, bis alle Bescheide raus seien.

Im Juni wollten die W.s endlich Gewissheit, ob ihr Bub ab September betreut werde. Sie riefen erneut an, ließen nicht locker, baten um Rückruf, bekamen ihn und erfuhren so, dass ihr Antrag "als zurückgezogen" gelte, da das Kind ja eh von einer Tagesmutter betreut werde. Aha? Einmal abgesehen, dass die W.s über diese Zurückziehung nicht informiert worden waren: Auf der Internet-Seite der MA 10 wird dieser Ausschließungsgrund ausdrücklich nicht genannt. Dort heißt es unter "Beachten", dass Kleinkinder berufstätiger Eltern mit einem Geschwisterkind in einem städtischen Kindergarten bevorzugt einen Krippenplatz erhalten. Alles Kriterien, die die W.s einwandfrei erfüllen. Sie waren offenbar nur nicht lästig genug gewesen.

Danach dann schon. Heute Früh schrieb mir Frau W., dass entschiedenenes Motschkern schließlich genutzt habe: Das Kind hat jetzt endlich einen Krippenplatz. Gut.

<http://kurier.at/interaktiv/kolumnen/2036976.php>

---

---

## FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

---

## **Early childhood education: A global scenario**

Report from Education International (the world's largest global union federation) gathers and analyses cross-national data on ECEC from 17 countries, including Canada.

→ [http://action.web.ca/home/crru/rsrscs\\_crru\\_full.shtml?x=130250&AA\\_EX\\_Session=5f2dff3fcedbecb67391edb5bd9f6f72](http://action.web.ca/home/crru/rsrscs_crru_full.shtml?x=130250&AA_EX_Session=5f2dff3fcedbecb67391edb5bd9f6f72)

→ pdf-Version: [http://download.ei-ie.org/Docs/WebDepot/ECE\\_A\\_global\\_scenario\\_EN.pdf](http://download.ei-ie.org/Docs/WebDepot/ECE_A_global_scenario_EN.pdf)

---

## **GENDER**

---

→ **Siehe auch: Das neue, interfakultäre Masterstudium „Gender, Culture and Social Change“ der Uni Innsbruck startet im Wintersemester 2010/2011. Es beschäftigt sich mit Geschlecht als sozialem Platzanweiser in einer sich verändernden Weltordnung.**

---

## **PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN**

Übersicht

Inskription

---

**Das neue, interfakultäre Masterstudium „Gender, Culture and Social Change“ der Uni Innsbruck startet im Wintersemester 2010/2011. Es beschäftigt sich mit Geschlecht als sozialem Platzanweiser in einer sich verändernden Weltordnung.**

Geschlecht bestimmt nach wie vor den Zugang zu Macht und Ressourcen – auch und gerade in der mit dem Stichwort Globalisierung bezeichneten Entwicklung der Gegenwart, die sich u.a. in einer postkolonialen Neuordnung der internationalen Arbeitsteilung und Beziehungen, in transnationalen Migrationsprozessen sowie in den sozioökonomischen, politischen und kulturellen Veränderungen zunehmend postnationaler Gesellschaften niederschlagen.

Studierende erwerben im Masterstudium „Gender, Culture and Social Change. Geschlecht, Kultur und sozialer Wandel“ fachübergreifende und theoriegeleitete Kompetenzen in den Bereichen Interkulturalität, Differenz/en, Migration/ Integration, Diversität sowie Entwicklungspolitik – mit systematischem Bezug auf die Geschlechterdimension. Sie können ihr Wissen in den verschiedensten Berufsfeldern (Bildung, Verwaltung, Politik, etc) in unterschiedlichen Institutionen wie z.B. nationalen und internationalen Organisationen, NGOs, Non-profit-Organisationen, Wirtschaftsunternehmen einbringen.

### **Zukunftsweisendes Studium**

„Ich gratuliere der Universität Innsbruck zur Eröffnung des Master-Studiums ‚Gender, Culture and Social Change‘. Ein umfassendes, sowohl theoretisch wie empirisch fundiertes ‚Geschlechterwissen‘ der Analyse der Gegenwartsprobleme zu Grunde zu legen, bedeutet einen sowohl zukunftsweisenden, wie mutigen Schritt“, lobt Prof. Helga Nowotny, Präsidentin des Europäischen Forschungsrates und Vorsitzende des wissenschaftlichen ERC-

Beirates das neue Angebot. Nach den Universitäten Wien und Graz ist die Universität Innsbruck die dritte, die in Österreich ein derartiges interdisziplinäres Studium anbietet. Verankert ist das Masterstudium an der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie; es wird unter Mitwirkung der Fakultät für Bildungswissenschaften, der Philosophisch-Historischen Fakultät, der Philologisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät, der Fakultät für Betriebswirtschaft, der Fakultät für Volkswirtschaft und Statistik und der Katholisch-Theologischen Fakultät durchgeführt und von der interfakultären Forschungsplattform Geschlechterforschung getragen.

→ [http://www.uibk.ac.at/ipoint/news/uni\\_und\\_studium/805810.html](http://www.uibk.ac.at/ipoint/news/uni_und_studium/805810.html)

---

## PÄDAGOGEN/INNEN

---

### ***Evangelischer Oberkirchenrat A. und H.B. tritt für die Zugehörigkeit der Lehrer zum Bund ein - Konfessionelle Schulen sind ein Beispiel für länderübergreifende Tätigkeiten***

"Privatschulen im Allgemeinen und konfessionelle Schulen im Besonderen sind seit alters her zu Recht Bundessache. Diese Zuständigkeit kann nicht 'verländert' werden." Das erklärt der Evangelische Oberkirchenrat A. und H.B. am 30. September in einer Stellungnahme zur Debatte um eine Zuordnung der LehrerInnen an öffentlichen Schulen zum Bund oder zu den Ländern.

Die Kirchenleitung kritisiert, dass in der Diskussion wichtige Argumente nicht beachtet werden. Sie weist darauf hin, dass die geltende Zuständigkeit verbunden sei "mit den Verfassungsgesetzen über Schule und Kirche, die wiederum auf dem Grundrecht der Religionsfreiheit beruhen". Als inhaltliches Argument führt die Stellungnahme an: "Die Bildungs- und Schulstandards sollten für die Bewältigung des europäischen Wettbewerbs österreichweit gleich sein und bedürfen daher bundesgesetzlicher Vorgaben."

Auch zahlreiche administrative Aufgaben legen, so der Oberkirchenrat, eine bundesgesetzliche Regelung nahe, etwa der zweckmäßige und sparsame länderübergreifende Einsatz von Lehrpersonal. So seien konfessionelle Schulen heute schon ein Beispiel für länderübergreifende Tätigkeiten, wie z.B. zwischen Niederösterreich und Wien, Niederösterreich und Oberösterreich, der Steiermark und Salzburg. Es entstehen damit oft mehrere unterschiedliche Dienstverträge mit zum Teil unterschiedlichen Rechtsformen und Bedingungen des Einsatzes. Der Oberkirchenrat folgert: "Unterschiedliche Schulregime, auch wenn sie näher zur Bevölkerung agieren als Bundesstellen, produzieren einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand und können Doppelgleisigkeiten nicht ausmerzen. Sie können auch unterschiedliche Gehaltsregelungen für gleichartige Tätigkeiten nicht beseitigen."

Der Oberkirchenrat A. und H.B. kündigt in seiner Stellungnahme an, die Evangelische Kirche werde in der Enquete des Bundesrates zu Schulfragen am 24. November vertreten sein.

Rückfragehinweis:

epdÖ Dr. Thomas Dasek Tel.: (01) 712 54 61 DW 12

<mailto:epd@evang.at>

<http://www.evang.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/505/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

## VERFASSUNGS- & VERWALTUNGSREFORM

---

**Leitl zu 90 Jahre Bundesverfassung: Staats- und Verwaltungsreform ist jetzt nötig! Jedes noch so gut gebaute Haus benötigt nach 90 Jahren eine umfassende Sanierung - Neue Kompetenzverteilung muss EU-Mitgliedschaft berücksichtigen.**

Wien (OTS/PWK738) - Am 1. Oktober 1920 wurde die österreichische Bundesverfassung von der Konstituierenden Nationalversammlung beschlossen. "Die Bundesverfassung ist die Grundmauer für das Haus Österreich und garantiert das gute Zusammenleben aller Bewohner und die Spielregeln für die staatlichen Institutionen. Sie ermöglicht ein positives Miteinander von Bund und Ländern, Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz und steht für die Einhaltung der Grundrechte", prägt Leitl ein anschauliches Bild.

"Dennoch benötigt jedes noch so gut gebaute Haus nach 90 Jahren eine umfassende Sanierung", so Leitl weiter. Daher wäre es nun an der Zeit, eine umfassende Staats- und Verwaltungsreform umzusetzen. Insbesondere bedürfe es einer Neuordnung der Kompetenzverteilung, weil das derzeitige Kompetenzgefüge auf die Mitgliedschaft Österreichs in der EU keine Rücksicht nimmt. Weiters müssten z. B. die Schulverwaltung und das Gesundheitswesen reformiert werden, um die Effizienzpotentiale, die in der Verwaltung schlummern, zu heben.

"Die Sanierungspläne liegen - spätestens seit dem Österreich-Konvent - auf dem Tisch. Nun geht es daran, die Reformen tatsächlich umzusetzen", mahnt Leitl: "Ich wünsche mir, dass Österreich in Verfassung und Verwaltung ein modernes und effizientes Staatswesen ist, welches den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist". (RH)

Rückfragehinweis:

Wirtschaftskammer Österreich, Abteilung für Rechtspolitik  
Dr. Elisabeth Sperlich  
Tel.: T:+43 (0)5 90 900 4273, F:+43 (0)5 90 900 233  
[Elisabeth.Sperlich@wko.at](mailto:Elisabeth.Sperlich@wko.at)

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - [WWW.OTS.AT](http://WWW.OTS.AT) \*\*\*

---

## VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße  
Pädagogik -  
Veranstaltungen  
und Events](#)

---

### **KFÖ-Enquete: Macht Familie arm? ...und/oder reich?**

Die Fachtagung zeigt strukturelle und ökonomische Nachteile von Familien mit Kindern sowie Strategien zur Armutsbekämpfung auf. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Rolle des Transfer- und Sozialsystems und die aktuell geplanten Kürzungen bei den Familienleistungen gelegt. Neben diesem materiellen Aspekt soll auch kommuniziert

werden, was in der Debatte um Familien oft zu kurz kommt: Dass Familie ein Ort der Geborgenheit und Wertevermittlung ist und Kinder das höchste Gut der Gesellschaft sind.

Die prominenten Teilnehmer:

Franz **Küberl**, Präsident Caritas Österreich

Dr. Martina **Leibovici-Mühlberger**, Psychotherapeutin und Erziehungsexpertin, Fitforkids

Christine **Marek**, Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend

DI Dr. Helmuth A. **Schattovits**, Familienexperte

Dr. Alfred **Trendl**, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Vizepräsident des Katholischen Familienverbandes der ED Wien

Prof. Dr. Clemens **Steindl**, Präsident des Katholischen Familienverbandes Österreichs

Mag. Dr. Rolf **Gleißner**, Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit, Wirtschaftskammer Österreich

Moderation: Mag. Doris **Kraus**, Die Presse

Dienstag, 19. Oktober 2010, 14-18 Uhr

Ort: Volksbank Wien, Schottenring 1, 1010 Wien

Infos und Anmeldung (Eintritt frei):

Katholischer Familienverband Österreichs

Tel: 01-51552/3201

Mail: [anmeldung@familie.at](mailto:anmeldung@familie.at)

[www.familie.at](http://www.familie.at)

Der Katholische Familienverband Österreichs

Spiegelgasse 3/3/9, 1010 Wien,

Tel. 01 / 515 52-329,1 Fax: 01 / 515 52-3699

E-Mail: [info@familie.at](mailto:info@familie.at) Homepage: [www.familie.at](http://www.familie.at)

→ [http://www.familie.at/index.php?id=96&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=705&tx\\_ttnews\[backPid\]=69&cHash=16bba141a4](http://www.familie.at/index.php?id=96&tx_ttnews[tt_news]=705&tx_ttnews[backPid]=69&cHash=16bba141a4)

---

### ***Her mit den Kröten. Her mit der Sozialmilliarde. Her mit der Bildungsmilliarde.***

Fr, 1. Oktober; 17 - 19 h, Treffpunkt 1060 Wien, Haus des Meeres, Fritz Gruenbaum Platz, Ecke Barnabitingasse, Kundgebung und DEMO ab 17h: Her mit den Kröten. Her mit der Sozialmilliarde, Her mit der Bildungsmilliarde. anschl. DEMO mit Schlusskundgebung vor der Akademie der bildenden Kuenste/1010 Schillerplatz

---

## **SONSTIGES**

---

### ***Seit 1. September 2010: Verpflichtendes Kindergartenjahr***

Ab dem Kindergartenjahr 2010/2011 ist der halbtägige Kindergartenbesuch (mindestens 16 Stunden pro Woche) für Kinder, die bis zum 31. August das 5. Lebensjahr vollendet haben, von September bis Juni (mit Ausnahme der [Schulferien](#)) verpflichtend. Ergänzend zur Ferienzeit und den schulfreien Tagen kann auch ein Urlaub im Umfang von drei Wochen in Anspruch genommen werden.

Im Kapitel "[Formen der Kinderbetreuung](#)" auf HELP finden sich nähere Hinweise zum verpflichtenden Kindergartenjahr.

---

## Neues Service auf HELP-GV: Ferienkalender

HELP bietet ab sofort ein neues Service: den Ferienkalender. Dieser Kalender umfasst die Schulferien an österreichischen Schulen, die gesetzlichen Feiertage sowie die Festtage der Landespatrone.

Details bietet die Seite "[Ferienkalender 2010/2011 – Schulferien, schulfreie Tage und gesetzliche Feiertage](#)".

---

## Regierungsvorlagen und Initiativanträge#

### [Zivildienstgesetz-Novelle 2010 \(ZDG-Novelle 2010\)](#)

(Ausnahmen Waffenverbot, Erlöschen der Zivildienstpflicht, Anerkennung neuer Gebiete etc.)

---

## Bundesgesetzblatt

### [Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige \(SchUG-B\)](#)

(Einführung eines Modulsystems, Entfall der Wiederholung von Schulstufen etc.)

---

---

## IMPRESSUM UND HINWEISE

---

---

### Plattform EduCare

#### Postadresse:

Krausegasse 7a/10  
1110 Wien  
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen

Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: [Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org)

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: [Informationspool@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationspool@Plattform-EduCare.org)

#### Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

#### Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

#### Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

#### Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.